

[www.elternverband-wien.at](http://www.elternverband-wien.at)

Interessenvertretung der Wiener Elternvereine  
und KlassenelternvertreterInnen



**Beteiligung macht Schule**

# Klasseneltern- vertreterIn leicht gemacht

12. überarbeitete Auflage 2009

**Für KlassenelternvertreterInnen  
und ihre SchulpartnerInnen**

Auf Wunsch vieler Eltern wurden 1998 die wesentlichen Aufgaben und Rechte der KlassenelternvertreterInnen sowie der schulpartnerschaftlichen Gremien in diesem Folder, der jährlich aktualisiert wird, zusammengefasst.

Der Vorstand des Wiener EV Landesverbandes bietet unter dem Motto: „**Beteiligung macht Schule – es gibt viel zu tun**“ Seminare für ElternvertreterInnen sowie ausführliche Unterlagen für die Arbeit im Elternverein und in der Schulgemeinschaft an. SchulleiterInnen und Klassenvorstände werden ersucht, die Anregungen aufzugreifen, ergänzende Materialien – z.B. die für ElternvertreterInnen bestimmten Kopien amtlicher Erlässe und Informationsschreiben – zur Verfügung zu stellen und sich auf eine engagierte Partnerschaft zugunsten der SchülerInnen und der Schulentwicklung einzulassen. Wir beraten gerne und wünschen viel Erfolg.

Mit schulpartnerschaftlichen Grüßen

*Andreas Ehlers* e.h. *Mag<sup>a</sup>. Elisabeth Fröhlich* e.h.  
Vorsitzender Schriftführerin

Herausgegeben mit freundlicher Unterstützung von:



## Aufgaben der KlassenelternvertreterInnen

Wer behauptet, KlassenelternvertreterInnen hätten nichts, bzw. fast nichts zu tun, sollte sich etwas intensiver mit den Inhalten der gesetzlich verbrieften Mitbestimmung auseinandersetzen. Aktive Elternmitwirkung und Beteiligungskultur muss an allen Schulen stattfinden.

**KlassenelternvertreterInnen sind, wie PersonalvertreterInnen, ehrenamtlich tätige Freiwillige mit großer Verantwortung sowie umfassenden gesetzlichen Aufträgen und Rechten**

Vom Gesetzgeber gewollt ist, dass Eltern und ihre frei gewählten VertreterInnen die Entwicklung eines Schulstandortes in vielen Bereichen beeinflussen können und verschiedene schulische Maßnahmen – in diesem Folder sind die wichtigsten gesetzlichen Aufträge angeführt – der ausdrücklichen Zustimmung der Eltern bzw. der Elternvertretung bedürfen.



KlassenelternvertreterInnen sind die „PersonalvertreterInnen der Eltern“ und vertreten deren Interessen gegenüber LehrerInnen, Schulleitung sowie der Schulbehörde.

Der EV-Landesverband entspricht einer „Elterngewerkschaft“ und bietet persönliche Beratung, Aus- und Weiterbildung, Informationsmaterial, Unterstützung bei Verhandlungen sowie Kontakte zu ReferentInnen für Hauptversammlungen, Elternabende und Schulforen an.

In Wahrnehmung ihrer Aufgabenstellung sind ElternvertreterInnen ungebunden und im Rahmen ihrer in Gesetzen, Verordnungen und Erlässen definierten Aufgaben nur ihrem Gewissen und ihren WählerInnen verantwortlich.

**In Österreich sind über 60.000 KlassenelternvertreterInnen ehrenamtlich tätig**

Der Elternverein mit dem geschäftsführenden Gremium „Elternausschuss“, ist die Plattform zur Meinungsbildung sowie zum Gedankenaustausch mit anderen ElternvertreterInnen und hat das unantastbare Recht, bei Abwesenheit von LehrerInnen und SchulleiterInnen, gemeinsame Strategien zu beraten und zu entwickeln.

Schulpartnerschaft ist Zusammenarbeit auf Augenhöhe von gleichberechtigten, aktiven, kreativen und umfassend informierten PartnerInnen. ElternvertreterInnen **müssen** gehört werden, haben in vielen Bereichen das Recht zuzustimmen oder abzulehnen und können jederzeit Tagesordnungspunkte in das Klassen- bzw. Schulforum einbringen.

Landesverband Wien der Elternvereine an den öffentlichen Pflichtschulen

Büro: 1010 Wien, Rauhensteingasse 5/4. Stock, TOP 45, ☎ 407 18 99, E-Mail: [landesverband.wien@wbn.wien.at](mailto:landesverband.wien@wbn.wien.at), ZVR-Zahl: 648421392

**Miteinander reden, voneinander lernen - Schule gemeinsam gestalten!  
Im Verband geht vieles leichter**

# Eltern-Mit-Wirkung

Der Gesetzgeber hat im Schulunterrichtsgesetz und anderen Bundes- und Landesgesetzen das Recht auf Elternmitwirkung im Schul- und Bildungsbereich ausdrücklich und verbindlich festgeschrieben. Dieser Folder geht auf die wichtigsten Bestimmungen ein. Weitere Details auf den Websites des Unterrichtsministeriums ([www.bmukk.gv.at](http://www.bmukk.gv.at)) und des Wiener Stadtschulrates ([www.stadtschulrat.at](http://www.stadtschulrat.at)). Die FunktionärInnen des Landesverbandes Wien der Elternvereine an den öffentlichen Pflichtschulen beraten gerne.

**Demokratische Prozesse verlaufen nur unter freiwilliger Beteiligung der Betroffenen zielführend. An jeder Schule müssen daher Rahmenbedingungen (z.B. Kommunikations- und Informationskultur) geschaffen werden, die ein demokratisches Miteinander auf Augenhöhe begünstigen.**

## Elternrechte und -pflichten

**SCHUG § 61.** (1) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht und die Pflicht, die Unterrichts- und Erziehungsarbeit der Schule zu unterstützen. Sie haben das Recht auf Anhörung sowie auf Abgabe von Vorschlägen und Stellungnahmen. Sie sind verpflichtet, die Schüler mit den erforderlichen Unterrichtsmitteln auszustatten und auf die gewissenhafte Erfüllung der sich aus dem Schulbesuch ergebenden Pflichten des Schülers hinzuwirken sowie zur Förderung der Schulgemeinschaft (§ 2) beizutragen.

## KlassenelternvertreterInnen

(2) Unbeschadet des Vertretungsrechtes der Erziehungsberechtigten gemäß § 67 sowie der Tätigkeit eines Elternvereines im Sinne des § 63 haben die Erziehungsberechtigten das **Recht auf Interessenvertretung** gegenüber den Lehrern, dem Schulleiter (Abteilungsvorstand) und den Schulbehörden **durch die Klassenelternvertreter** (§ 63a Abs. 5) bzw. durch ihre Vertreter im Schulgemeinschaftsausschuss (§ 64 Abs. 6):

### 1. Mitwirkungsrechte:

- a) das Recht auf Anhörung,
- b) das Recht auf Information über alle Angelegenheiten, die die Eltern und Schüler allgemein betreffen,
- c) das Recht auf Abgabe von Vorschlägen und Stellungnahmen,
- d) das Recht auf Teilnahme an Lehrerkonferenzen, ausgenommen Beratungen und Beschlussfassungen über Angelegenheiten der Leistungsbeurteilung einzelner Schüler und des § 20 Abs. 6, § 25, § 31b und des § 31c sowie über dienstrechtliche Angelegenheiten der Lehrer und ausgenommen die Teilnahme an Lehrerkonferenzen zur Wahl von Lehrervertretern; dieses Recht besteht nicht an Schulen, an denen Klassenforen einzurichten sind (§ 63a Abs. 1),

**Anm. LV-Wien:** Selbstverständlich kann auch im Bereich Volks-, Haupt- und Sonderschulen die Teilnahme an Lehrerkonferenzen auf freiwilliger Basis ermöglicht werden.

- e) das Recht auf Stellungnahme bei der Wahl von Unterrichtsmitteln;

### 2. Mitbestimmungsrechte:

- a) das Recht auf Mitentscheidung bei der Androhung des Antrages auf Ausschluss,
  - b) das Recht auf Mitentscheidung bei der Antragstellung auf Ausschluss eines Schülers;
  - c) das Recht auf Mitentscheidung bei der Festlegung von Unterrichtsmitteln.
- (3) Die Erziehungsberechtigten haben die für die Führung der Amtsschriften der Schule erforderlichen Dokumente vorzulegen und Auskünfte zu geben sowie erhebliche Änderungen dieser Angaben unverzüglich der Schule mitzuteilen.

**Anm. LV-Wien:** KlassenelternvertreterInnen (KEV) sind in Ausübung ihrer Funktion **gleichberechtigte PartnerInnen** der LehrerInnen und müssen gehört werden.



## Aufgaben des Klassen- und Schulforums

**SCHUG § 63a.** (1) In den Volksschulen, Hauptschulen und Sonderschulen, die nicht nach dem Lehrplan der Polytechnischen Schule geführt werden, sind zur Förderung und Festigung der Schulgemeinschaft (§ 2) für jede Klasse ein **Klassenforum** und für jede Schule ein **Schulforum** <sup>1)</sup> einzurichten.

**Anm. LV-Wien:** Werden Interessen aller Eltern und SchülerInnen berührt, sollte vor der Entscheidung im Schulforum auch in den Klassenforen diskutiert werden. **Minderheitenrechte und -interessen sind zu beachten.**

(2) Neben den auf Grund anderer gesetzlicher Bestimmungen übertragener Entscheidungsbefugnissen obliegt dem Klassenforum die Beschlussfassung in den folgenden Angelegenheiten, soweit sie nur eine Klasse betreffen, und dem Schulforum die Beschlussfassung jedenfalls in den Angelegenheiten der Z 1 lit. c, e, h, i und n, ferner in den folgenden Angelegenheiten, soweit sie mehr als eine Klasse betreffen:

### 1. die Entscheidung über

- a) mehrtägige Schulveranstaltungen,
- b) die Erklärung einer Veranstaltung zu einer schulbezogenen Veranstaltung (§ 13a Abs. 1),
- c) die Hausordnung gemäß § 44 Abs. 1,

**Anm. LV-Wien:** Die Vereinbarung „**Hausordnung**“ darf nur vom **Schulforum (2/3 Mehrheit und qualifizierter Anhörung der Schülervertretung)** beschlossen werden und muss für **alle** Mitglieder der Schulgemeinschaft gelten. Wünsche der Schülervertretung sind zu hören bzw. im Beschluss zu berücksichtigen. Grundlegende Vorschriften über das

Verhalten der SchülerInnen sind bereits in der „**Verordnung betreffend die Schulordnung**“ (**SCHUG § 42 – 50**) enthalten. Seit dem Schuljahr 2001/02 kann auch eine so genannte Verhaltensvereinbarung beschlossen werden.

**Anregung des EV-Landesverbandes: „Alle Hausordnungen sollten partnerschaftlich und prozesshaft überarbeitet werden.“ Siehe Projekt auf Seite 8.**

- d) die Bewilligung zur Durchführung von Sammlungen gemäß § 46 Abs. 1,
- e) die Bewilligung zur Organisation der Teilnahme von Schülern an Veranstaltungen gemäß § 46 Abs. 2,
- f) die Durchführung von Veranstaltungen der Schulbahnberatung,
- g) die Durchführung von Veranstaltungen betreffend die Schulgesundheitspflege,
- h) die Erlassung schulautonomer Lehrplanbestimmungen (§ 6 Abs. 1 und 3 des Schulorganisationsgesetzes),
- i) die schulautonome Festlegung von Eröffnungs- und Teilungszahlen (§ 8a Abs. 2 des Schulorganisationsgesetzes),
- j) schulautonome Schulzeitregelungen (§ 2 Abs. 5 und 8 sowie § 3 Abs. 2 des Schulzeitgesetzes 1985),
- k) die Festlegung der Ausstattung der Schüler mit Unterrichtsmitteln (§ 14 Abs. 6),

**SCHUG §14 (6)** Das Schulforum bzw., wo ein solches nicht eingerichtet ist, die Schulkonferenz (in Schulen, die in Fachabteilungen gegliedert sind, die Abteilungskonferenz) hat festzulegen, mit welchen Unterrichtsmitteln (ausgenommen Lesestoffe und Arbeitsmittel) die Schüler auszustatten sind. Das betrifft die Beschlussfassung über die Anschaffung von Schulbüchern bzw. anderer Unterrichtsmittel (**Anm.: z.B. Warenkorb**) gemäß den aktuellen gesetzlichen Bestimmungen. Der Klassenvorstand hat den Schülern bis zum Ende des Unterrichtsjahres die im nächsten Schuljahr erforderlichen Unterrichtsmittel bekannt zu geben.

**Warenkorberlass der Wiener Schulverwaltung (MA56)**  
**Wiener Pflichtschulen erhalten**, zur Entlastung der Eltern, **von der Gemeinde Wien Finanzmittel zum Ankauf von Arbeitsmaterial und Unterrichtsmitteln**. Die Gesamthöhe der Mittel hängt von der Anzahl der SchülerInnen und der Schulart ab. Für SchülerInnen von Integrationsklassen (sonderpädagogischer Förderbedarf) gibt es Zuschläge

66(e)26(r)] Tm

[(n 0 1 28 63hre

h

f

)-38(r)

**Anm. LV-Wien:** Die Gründung eines „Schulförderungsvereins“, in dessen Organen nicht zumindest im Verhältnis 1:1 VertreterInnen des Elternvereins mitwirken, ist zwar nicht verboten, käme aber der nicht gesetzeskonformen Verweigerung der im § 63 des SCHUG verbindlich vorgesehenen Unterstützung des Elternvereins durch die Schulleitung gleich.  
**Der Landesverband berät bei Verträgen.**

(3) Dem **Klassenforum** gehören der **Klassenlehrer oder Klassenvorstand** und die **Erziehungsberechtigten** der Schüler der betreffenden Klasse an. Den Vorsitz im Klassenforum führt der Klassenlehrer bzw. Klassenvorstand; sofern der Schulleiter anwesend ist, kann dieser den Vorsitz übernehmen. Sonstige Lehrer der Klasse sind berechtigt, mit beratender Stimme am Klassenforum teilzunehmen.

(4) Das **Klassenforum**



Elternvereins **sollte sich daher unbedingt** um die Wahl zum/zur KlassenelternvertreterIn bemühen.

(9) Das Schulforum kann beschließen, dass zur Behandlung und Beschlussfassung der ihm obliegenden Angelegenheiten an seiner Stelle ein Ausschuss eingesetzt wird. Diesem Ausschuss gehören je ein Klassenlehrer oder Klassenvorstand und je ein Klassenelternvertreter für jede an der betreffenden Schule geführte Schulstufe an. Die Klassenlehrer oder Klassenvorstände haben die Lehrervertreter und die Klassenelternvertreter die Elternvertreter in den Ausschuss zu entsenden. Den Vorsitz im Ausschuss führt der Schulleiter.

**Anm. LV-Wien:** Da die Einsetzung eines Ausschusses die Beteiligung der Mehrheit der ElternvertreterInnen ausschließt, wird diese Vorgangsweise nicht empfohlen.

(10) **Das Schulforum ist vom Schulleiter jedenfalls zu einer Sitzung innerhalb der ersten neun Wochen jedes Schuljahres einzuberufen.**

Ferner ist das Schulforum einzuberufen, wenn dies ein Drittel seiner Mitglieder unter gleichzeitiger Einbringung eines Antrages auf Behandlung einer der im Abs. 2 genannten Angelegenheiten verlangt; die Frist für die Einberufung beträgt eine Woche, gerechnet von dem Zeitpunkt, zu dem das Verlangen gestellt wurde. Der Schulleiter hat auch ohne Verlangen auf Einberufung das Schulforum einzuberufen, sofern eine Entscheidung gemäß Abs. 2 Z 1 erforderlich ist oder eine Beratung gemäß Abs. 2 Z 2 zweckmäßig erscheint. **Mit jeder Einberufung ist die Tagesordnung zu übermitteln.** Die Einberufung hat spätestens zwei Wochen vor der Sitzung zu erfolgen, sofern nicht sämtliche Mitglieder einem früheren Termin zustimmen. Jedes Schuljahr hat mindestens eine Sitzung stattzufinden.

**Anm. LV-Wien:** In der Tagesordnung sind die konkreten Verhandlungsgegenstände detailliert sowie getrennt nach Beschluss- und Beratungspunkten anzuführen. **Der Pauschaltext: „Beratung und Beschlüsse gemäß SCHUG §63a“ ist unzulässig und entspricht weder dem Willen des Gesetzgebers, noch dem Gebot der Transparenz.**

(11) Im Schulforum und im Ausschuss kommt den ihnen angehörenden Klassenlehrern oder Klassenvorständen und Klassenelternvertretern jeweils eine beschließende Stimme zu. **Stimmenthaltung ist unzulässig.** Eine Übertragung der Stimme auf eine andere Person ist unzulässig und unwirksam, sofern eine Geschäftsordnung (Abs. 16) nicht anderes festlegt. Sofern der Schulleiter dem Schulforum oder dem Ausschuss nicht auch als Klassenlehrer oder Klassenvorstand angehört, hat er keine beschließende Stimme.

(12) Das Schulforum und der Ausschuss sind beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder mit beschließender Stimme anwesend ist. **Für einen Beschluss ist die unbedingte Mehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich.** Bei Stimmengleichheit in den Fällen des Abs. 2 Z 1 entscheidet der Schulleiter; in den Fällen des Abs. 2 Z 2 gilt der Antrag als abgelehnt. **Für einen Beschluss sind in den Fällen des Abs. 2 Z 1 lit. c, h bis j, m und n die Anwesenheit von mindestens zwei Dritteln der Mitglieder jeweils in der Gruppe der Klassenlehrer oder Klassenvorstände**

**einerseits und der Klassenelternvertreter andererseits sowie eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der in jeder Gruppe abgegebenen Stimmen erforderlich.**

**Angelegenheiten der Beschlusskompetenzen: c, h, i, j, m und n** müssen, bei Anwesenheit von 2/3 der Stimmberechtigten in jeder Gruppe, mit 2/3 Mehrheiten in jeder Gruppe beschlossen werden. **Eltern- und LehrerInnenvertreterInnen stimmen getrennt ab, die Stimmen der beiden Gruppen dürfen nicht zusammengezählt werden.** Schulversuche müssen auch von der Schulbehörde genehmigt werden.

Es Aufgabe der SchulleiterInnen den Mitgliedern des Schulforums spätestens mit der Einladung aussagekräftige Unterlagen zu übergeben und auf Wunsch mit der Elternvertretung – vor der Sitzung des Schulforums – ausreichend und **unter Würdigung aller Fakten und Aspekte** zu beraten.

(13) **Kann das Schulforum in den Fällen des Abs. 2 Z 1 lit. a und c bis g keine Entscheidung treffen, weil die Beschlussfähigkeit nicht gegeben ist, hat der Schulleiter das Schulforum unverzüglich zu einer neuerlichen Sitzung einzuladen;** das Schulforum ist in der neuen Sitzung jedenfalls beschlussfähig, sofern die Einladung ordnungsgemäß ergangen und seit dem vorgesehenen Beginn der Sitzung eine halbe Stunde vergangen ist und zumindest ein Klassenlehrer oder Klassenvorstand und mindestens ein Klassenelternvertreter anwesend sind. Dies gilt sinngemäß für den Ausschuss.

(14) **Zu den Sitzungen des Schulforums, ausgenommen Sitzungen auf Grund des § 26a des Landeslehrer-Dienstrechtsgesetzes, BGBl. Nr. 302/1984, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 329/1996, ist der Vertreter der Klassensprecher (§ 59 Abs. 2 Z 2) mit beratender Stimme einzuladen. Sofern Tagesordnungspunkte Angelegenheiten betreffen, die die Beteiligung anderer Personen (z.B. andere Lehrer, Klassensprecher, Obmann des Elternvereines, Bildungsberater, Schularzt, Leiter des Schülerheimes, Schulerhalter u.a.) zweckmäßig erscheinen lässt, hat der Schulleiter (Klassenlehrer, Klassenvorstand) diese Personen einzuladen.**

Die Einladung von Klassensprechern ist nur zulässig, wenn dies auf Grund der besonderen Verhältnisse, insbesondere der Zeit der Sitzung, möglich ist. An Privatschulen ist in Angelegenheiten des Abs. 2 Z 1 lit. h bis j jedenfalls der Schulerhalter einzuladen. Den nach diesem Absatz Eingeladenen kommt beratende Stimme zu.

**(15) Über den Verlauf der Sitzungen ist eine schriftliche Aufzeichnung zu führen, die den jeweiligen Mitgliedern zugänglich zu machen ist.**

**Anm. LV-Wien:** Die einfachste Form ist das Verteilen von Protokollkopien an die Mitglieder des Schulforums. Wir empfehlen einen Fristsetzungsbeschluss herbeizuführen der die Fertigstellung und Verteilung des Protokolls, z.B. innerhalb einer Woche nach dem Sitzungstermin, vorsieht.

(16) Das Schulforum kann für sich, den Ausschuss und die Klassenforen bei Bedarf eine Geschäftsordnung beschließen. Diese ist der Schulbehörde erster Instanz zur Kenntnis zu bringen.

**Anm. LV-Wien:** Da die gesetzlichen Regelungen eindeutig sind, **wird empfohlen keine Geschäftsordnung zu beschließen**. KlassenelternvertreterInnen haben dafür Sorge zu tragen, dass im Verhinderungsfall der/die StellvertreterIn an der Sitzung des Schulforums teilnimmt.

(17) **Der Schulleiter hat für die Durchführung der nach Abs. 2 gefassten Beschlüsse des Klassenforums, des Schulforums und des Ausschusses des Schulforums (Abs. 9) zu sorgen;** hält er einen derartigen Beschluss für rechtswidrig oder aus organisatorischen Gründen für nicht durchführbar, hat er diesen auszusetzen und die Weisung der Schulbehörde erster Instanz einzuholen. Sofern ein Beschluss in den Fällen des Abs. 2 Z 2 nicht an den Schulleiter gerichtet ist, hat er diesen Beschluss an die zuständige Stelle weiterzuleiten.

(18) In den Angelegenheiten der Klassenforen, des Schulforums sowie des Ausschusses obliegt die Vertretung des Klassenlehrers oder Klassenvorstandes bei dessen Verhinderung einem für ihn vom Schulleiter zu bestellenden Lehrer und die Vertretung des Schulleiters bei dessen Verhinderung einem von ihm namhaft gemachten Lehrer. Bei Verhinderung eines Klassenelternvertreters ist dieser von seinem Stellvertreter zu vertreten. Ein Mitglied, das im Sinne des § 7 AVG befangen ist, gilt als verhindert. Ein Klassenlehrer (Klassenvorstand), der gleichzeitig Klassenelternvertreter ist, gilt in seiner Funktion als Klassenelternvertreter bei Sitzungen des Schulforums als verhindert. Erziehungsberechtigte, die für mehr als eine Klasse Klassenelternvertreter sind, dürfen in den Sitzungen des Schulforums diese Funktion nur bezüglich einer Klasse ausüben. Hinsichtlich der anderen zu vertretenden Klasse(n) gilt der Klassenelternvertreter als verhindert.

**Anm. LV-Wien:** Im Sinne der vielfältigen Beteiligung möglichst vieler Personen, sollte es zu keinen Doppelfunktionen kommen. EV-FunktionärInnen sollten stets in der Klasse des jüngsten Kindes KlassenelternvertreterIn sein.

### Mitglieder und Anzahl der Sitzungen:

Es können beliebig viele Sitzungen des Klassen- bzw. Schulforums stattfinden. Das **Schulforum** wird von der/dem SchulleiterIn, die/der den Vorsitz führt, einberufen und sollte – da immer wieder wichtige Entscheidungen anstehen (Schulbuchliste und Durchführungserlass erscheinen z.B. oft erst im Jänner) – mehrmals pro Schuljahr tagen. **Mitglieder des Schulforums** sind: Der/Die SchulleiterIn, Klassenvorstände und KlassenelternvertreterInnen (eine Stimme je Klasse) und von der 5. – 8. Schulstufe die SprecherInnen der SchülervertreterInnen (mit beratender Stimme).

**Der Gesetzgeber hat nicht vorgesehen, dass die gesetzlichen Kompetenzen durch Beschlüsse des Schulforums außer Kraft gesetzt oder durch einen Beschluss in die alleinige Entscheidungskraft einer Schulpartnergruppe oder der Schulleitung übertragen werden.**

### Elternvereine und Schulgemeinschaft

§ 63. (1) **Die Schulleiter haben die Errichtung und die Tätigkeit von Elternvereinen zu fördern, die satzungsgemäß allen Erziehungsberechtigten von Schülern der betreffenden Schule zugänglich sind.**

(2) Die Organe des Elternvereines können dem Schulleiter und dem Klassenvorstand Vorschläge, Wünsche und Beschwerden mitteilen; der Schulleiter hat das Vorbringen des Elternvereines zu prüfen und mit den Organen des Elternvereines zu besprechen.

(3) (Anm.: aufgehoben durch BGBl. Nr. 767/1996)

(4) Die Rechte gemäß den Abs. 1 und 2 stehen nur zu, wenn an einer Schule nur ein Elternverein errichtet werden soll oder besteht und sich dessen Wirkungsbereich nur auf diese Schule bezieht; sie stehen ferner zu, wenn sich der Wirkungsbereich des Elternvereines auf mehrere in einem engen örtlichen Zusammenhang stehende Schulen oder der Wirkungsbereich des Elternvereines einer Volks-, Haupt- oder Sonderschule auch auf eine Polytechnische Schule bezieht.

**Vor allen Gesprächen mit der Schulleitung sollte es im Elternverein zu einer Meinungsbildung kommen, bei der die Fakten geprüft und alle Argumente gehört werden.**

### Schulautonome, unterrichtsfreie Tage

**Bis jeweils 30. September muss, solange das Schulzeitgesetz nichts anderes bestimmt, der Stadtschulrat für Wien, 2 der 4 (5) schulfreien Tage, für das Folgeschuljahr per Verordnung festlegen. Über die beiden anderen Tage entscheidet das Schulforum mit 2/3-Mehrheiten. Der Schulpartnergipfel (auf Bundesebene) hatte sich für möglichst frühzeitige Entscheidungen im Schulforum bzw. im SGA und daher frühzeitige Bekanntmachung ausgesprochen.**

Das Schulforum kann 2 Tage je Schuljahr zu unterrichtsfreien Tagen erklären, wenn 2/3 der anwesenden LehrerInnen und 2/3 der anwesenden ElternvertreterInnen (1 Stimme je Klasse) zustimmen. Bei der Abstimmung **müssen** von jeder Gruppe mindestens 2/3 der Stimmberechtigten anwesend sein.

**Empfehlung:** Da die gesamte Schulgemeinschaft (Aufsichtspflicht der Eltern) betroffen ist, sollte eine möglichst große Zahl an Personen in die Meinungsbildung eingebunden werden. LehrerInnen koordinieren sich in der Konferenz. Als Beratungsplattform der ElternvertreterInnen bietet sich der Elternverein an.

In vielen Schulen erarbeiten Elternverein und Schulleitung einen Fragenkatalog, der in allen Klassenforen - diese **müssen** am Beginn des Schuljahres stattfinden – diskutiert wird. Klären Sie mit den Klassenvorständen ab, dass dieser Punkt auf die Tagesordnung des Klassenforums kommt und in der Einladung erwähnt wird. Die Standardfragen sind:

1. Sollen 2 Tage unterrichtsfrei gegeben werden?
2. Sollen diese Tage als Einzeltage (z B Fenstertage) gegeben werden?
3. Sollen die freien Tage als Block gegeben werden?

**Terminwünsche der Klassenforen sollten von mindestens 2/3 der jeweiligen Klasseneltern unterstützt werden.**

### Eindämmung der Schulnebenkosten

#### 1) Schulveranstaltungen

Mehrtägige, mit Übernachtungen verbundene Schulveranstaltungen (z.B. Projektwochen) dürfen nur mit Zustimmung der Erziehungsberechtigten durchgeführt werden

LANDESVERBAND WIEN DER ELTERNVEREINE AN DEN ÖFFENTLICHEN PFLICHTSCHULEN  
Büro: 1010 Wien, Rauensteingasse 5/4. Stock, TOP 45, ☎ 407 18 99, E-Mail: [landesverband.wien@wbw.wien.at](mailto:landesverband.wien@wbw.wien.at)

**Miteinander reden, voneinander lernen - Schule gemeinsam gestalten!  
Im Verband geht vieles leichter**

(Beschlussfassung im Klassenforum). An der jeweiligen Veranstaltung müssen in der Regel mindestens 70% der SchülerInnen der Klasse/Gruppe teilnehmen. Vor der Abstimmung müssen alle Details, vor allem die Kosten (ev. Zusatzversicherungen) bekannt sein.

Es muss im Vorfeld geklärt werden, bis zu welchem Limit die Finanzierung durch die Eltern gewährleistet ist. **Weder der Elternverein, noch die öffentliche Hand verfügen über unbegrenzte Mittel und haben nicht die Aufgabe höchstpreisige Reisen zu finanzieren. LehrerInnen sind zur Planung mit Augenmaß und zum Beachten günstigerer Angebote (z.B. ÖBB-Schulcard) eingeladen. Kostengünstige, schülerInnenfreundliche Quartiere gibt es auch in Gebieten mit kürzeren und daher billigeren Anfahrtswegen.**

Ziel ist 100% Teilnahme. Elternbeiträge dürfen daher nicht höher sein, als die einkommensschwächsten Familien - unter Einrechnung eventueller Förderungen - für den Projektzeitraum aufwenden können. **Antragsformulare** für Förderungen (Stadtschulrat) sind von der Schule anzubieten und zur Verfügung zu stellen. **Es besteht keinerlei Rechtsanspruch auf Kostenbeteiligung durch den Elternverein.**

**ACHTUNG:** LehrerInnen sind durch einen gültigen Erlass aus 1990 (Mustervereinbarung) angehalten, keine Buchungsverträge mit Stornogebühren abzuschließen - auch nicht mit Zustimmung der Eltern.

## Schulveranstaltungsverordnung § 2 Abs. 2

**Schulveranstaltungen dürfen nicht durchgeführt werden, wenn**

1. sie nicht der Ergänzung des lehrplanmäßigen Unterrichtes dienen,
2. sie die Erfüllung des Lehrplanes beeinträchtigen,
3. für die an der Veranstaltung nicht teilnehmenden Schüler kein Unterricht angeboten werden kann,
4. die durch die Veranstaltung erwachsenden Kosten nicht dem Grundsatz der Sparsamkeit und Angemessenheit entsprechen,
5. der ordnungsgemäße Ablauf der Veranstaltung nicht gegeben erscheint, insbesondere bei Gefährdung der körperlichen Sicherheit oder der Sittlichkeit der Schüler, oder
6. eine ausreichende finanzielle Bedeckung nicht gegeben ist.

Weitere Details auf der Website des BMUKK unter: [www.bmukk.gv.at/medienpool/6039/schulrecht\\_info\\_5.pdf](http://www.bmukk.gv.at/medienpool/6039/schulrecht_info_5.pdf).

## 2) Kopiergeld und kostenpflichtige Zusatzangebote

Immer wieder werden Eltern und/oder Elternvereine aufgefordert für Material oder unterrichtsergänzende Angebote zu bezahlen. Oft werden monatliche Pauschalbeträge, also eigentlich Schulgeld, kassiert. **Diese Vorgangsweise entspricht weder dem Gesetz, noch dem Willen der Wiener Schulbehörde.**

**Der Erlass E112\_100120\_86\_07 „Schulnebenkosten“ (ElternvertreterInnen müssen eine Kopie des Erlasses erhalten) ist zu beachten. Kopien können auch im Büro des Landesverbandes angefordert werden.**

## Schulorganisationsgesetz § 5 (im Verfassungsrang):

(1) Außer der durch andere gesetzliche Vorschriften vorgesehenen Schulgeldfreiheit an öffentlichen Pflichtschulen ist

**auch der Besuch der sonstigen unter dieses Bundesgesetz fallenden öffentlichen Schulen unentgeltlich.**

(2) Von der Schulgeldfreiheit gemäß Abs. 1 sind ausgenommen:

- 1) Lern- und Arbeitsmittelbeiträge und
- 2) Beiträge für die Unterbringung, Verpflegung und Betreuung



StellvertreterInnen haben (wenn sie Mitglieder des EV sind) Sitz und Stimme im Elternausschuss.

### Beratung bei der Ausübung der Funktion

Sollten Sie das Gefühl haben, bei der Wahrnehmung Ihrer Rechte behindert und/oder nicht ausreichend informiert zu werden, wenden Sie sich, bitte, an die regionalen Kontaktpersonen des EV-Landesverbandes. Darüber hinaus können die Schulaufsicht bzw. das Schulservice des Stadtschulrates (Ombudsfrau) kontaktiert werden.

**In Zweifelsfällen sollte vor weiteren Maßnahmen ein/e ExpertIn (z.B. Landesverband) beigezogen werden.**

### SchülerInnenvertretung

Die gesetzlichen Bestimmungen über die Wahl der SchülerInnenvertretung ab der 5. Schulstufe sowie der Erlass des Wiener Stadtschulrates betreffend die Wahl des Sprechers der KlassensprecherInnen liegen in der Schulleitung auf. Kopien können jederzeit bezogen werden.

**Die Förderung der SchülerInnenmitgestaltung (SMG) sowie das Einbeziehen der SchulsprecherInnen in die Entscheidungen und Aktivitäten des Elternvereins sind wichtige Beiträge zur Weiterentwicklung der Demokratie.**

Beim Durchsetzen der Anliegen der SchülervertreterInnen haben Elternverein und KlassenelternvertreterInnen sowie VertrauenslehrerInnen eine gemeinsame Aufgabe.

### Schulverpflegung

Wird an einer ganztägig geführten Schule Mittagsverpflegung (gemäß Wiener Schulgesetz) angeboten, **müssen** die Organe des Elternvereins in alle Entscheidungen eingebunden werden.

**Die Auswahl des Lieferanten** (aus einem Pool geeigneter Firmen) **ist ausschließlich Angelegenheit der Organe des Elternvereins**, der einen Vertrag mit dem Landesverband abschließt und **nicht** Angelegenheit des Schulforums.

Die Speisepläne werden - auf Basis des vom Wiener Gemeinderat beschlossenen Kriterienkatalogs - durch Ernährungsfachleute der Anbieter erstellt. Menüs, Speisepläne und Abwicklung werden durch Fachleute der Gemeinde Wien und des Lieferanten sowie externen Prüfstellen kontrolliert. Bezüglich der Festlegung der Menüschiene ist das Einvernehmen zwischen den Organen des Elternvereins und der Schulleitung herzustellen. Seit dem Schuljahr 2007/08 muss ein durchschnittlicher Bioanteil (Rohwaren aus kontrolliert biologischer Produktion) von 40% erreicht werden.

**Anm. LV-Wien:** Da es sich nur um Teilverpflegung (maximal 5 von 14 Hauptmahlzeiten pro Woche) handelt, wäre es, im Sinne der gesamtheitlichen Ausgewogenheit sinnvoll, auf Schweinefleisch zu verzichten.

**Die Verpflegung der LehrerInnen und des Schulpersonals erfolgt grundsätzlich zu den gleichen Konditionen und Preisen, wie die Verpflegung der SchülerInnen.**

Der Kriterienkatalog und andere Unterlagen wurden den Elternvereinen bzw. den SchulleiterInnen am 4.7.2005 übergeben. Nachbestellungen (im Büro des Landesverbandes) sind möglich. Ergänzungen werden auf dem Wege MA56 – Schulleitung übermittelt und sind der/dem Vorsitzenden des Elternvereins umgehend auszuhändigen.

**Die für SchülerInnen bestellten Mengen**, inkl. der vertraglich zustehenden Reserveessen, **sind Eigentum jener Eltern**, deren Kinder, im Zuge des ganztägigen Schulangebots, zum Mittagessen angemeldet sind. Einnahmen aus verkauften Restessen müssen daher - unter der Kontrolle des Elternvereins - zugunsten der betreuten Kinder verwendet werden. Das kostenlose Abgeben von Essen an Schulpersonal ist nicht statthaft. Beauftragten des Elternvereins steht es jederzeit frei, **Kostproben zu verlangen und vor Ort zu verzehren**. Die Namen der Beauftragten sind der Schulleitung, die vor dem Besuch des Speisesaals zu informieren ist, zur Kenntnis zu bringen. Die schulischen Abläufe dürfen nicht behindert werden. Die Einladungen zu den jährlich vorgesehenen Feedbackgesprächen werden von den Lieferanten an die Schulleitung **und per Schuladresse an den Elternverein** übermittelt.

## Projekt

### Partnerschaftliche Hausordnung

„Regeln wertschätzenden, partnerschaftlichen Miteinanders“ können nur gemeinsam und unter **Mitwirkung der SchülerInnen**, erarbeitet werden. Sie müssen von allen Mitgliedern der Schulgemeinschaft verstanden, akzeptiert und gelebt werden. Eine nur an SchülerInnen adressierte Liste von Aufträgen ist eher kein Ausdruck besonderer Wertschätzung. Leider wurde die Hausordnung bisher nur an wenigen Schulen unter prozesshafter Mitarbeit aller Schulpartnergruppen erarbeitet.

### Hausordnungen laufend aktualisieren

**Phase 1:** Das Schulforum beschließt (im Herbst) die Hausordnung zu überarbeiten und setzt ein Redaktionsteam (je 2 KEV, LehrerInnen, SchülervertreterInnen) ein.

**Phase 2:** Die LehrerInnenkonferenz, der Elternausschuss (ohne LehrerInnen und Schulleitung) sowie die Schülervertretung beraten die Inhalte der Hausordnung.

**Phase 3:** Im Jänner tagt das Redaktionsteam und erarbeitet einen Text, der zunächst in den Schulpartnergruppen beraten wird. Der von allen geprüfte und akzeptierte Text wird dem Schulforum (März) zur Beschlussfassung vorgelegt.

**Der LV-Wien der Elternvereine an den öffentlichen Pflichtschulen ist die Interessenvertretung der Elternvereine und KlassenelternvertreterInnen.**

### Kontaktadresse (Büro):

Landesverband Wien der Elternvereine  
an den öffentlichen Pflichtschulen  
A-1010 Wien, Rauhensteingasse 5/4. Stock/TOP 45

**Vorsitzender: Andreas Ehlers**

**MOBIL: 0664 505 30 18, ☎ 407 18 99,**

**E-Mail: [Briefkasten auf der Website des Landesverbandes](mailto:briefkasten@landesverband-wien.at)**

**Website: [www.elternverband-wien.at](http://www.elternverband-wien.at)**

*Mitgliederinformation - Herausgegeben, im Auftrag des Vorstandes, vom Landesverband Wien der Elternvereine an den öffentlichen Pflichtschulen. Redaktion: Andreas Ehlers. Sitz des Vereins: 1010 Wien, Wipplinger Straße 28*

LANDESVERBAND WIEN DER ELTERNVEREINE AN DEN ÖFFENTLICHEN PFLICHTSCHULEN  
Büro: 1010 Wien, Rauhensteingasse 5/4. Stock, TOP 45, ☎ 407 18 99, E-Mail: [landesverband.wien@wbn.wien.at](mailto:landesverband.wien@wbn.wien.at)

**Miteinander reden, voneinander lernen - Schule gemeinsam gestalten!**  
**Im Verband geht vieles leichter**